



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/173 - 31. Juli 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Vom Agrarland zur Industriemacht	S. 1
Indiens Bevölkerungsdruck	S. 3
Zu Max Reimanns Selbstbekenntnis	S. 5
Das Leipziger Turn- und Sportfest - eine KP-Veranstaltung	S. 6

Bayern geht neue Wege

von Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner

Zum erstenmal seit 1945 ist in Bayern die Christlich-Soziale Union nicht an der Regierung beteiligt. Die stärkste Gruppe in der am 14. Dezember 1954 gebildeten Bayerischen Regierungskoalition bildet die SPD. Sie stellt den Ministerpräsidenten, der nach der Bayerischen Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt. Damit ist ihr eine hohe Verantwortung für die zukünftige Entwicklung Bayerns auferlegt.

Jede demokratische Regierung hat drei Hauptaufgaben: einmal für die Sicherheit und Ordnung im Lande zu sorgen, vor allem die Verfassung gegen ihre Feinde zu schützen, sodann durch Beseitigung von Notständen dem Volkswohl zu dienen und schliesslich den kulturellen Fortschritt zu fördern.

Die Gegner der Volksherrschaft stellen in Bayern nur ein unbedeutendes Häuflein dar. Sie verdienen es kaum, erwähnt zu werden.

In der Kulturpolitik bemüht sich die gegenwärtige Regierung vor allem um eine Verbesserung der Volksschule. Ein neues Lehrbildungsgesetz ist von Landtag in zweiter Lesung verabschiedet, die wegen der Kirchenverträge erforderlichen Verhandlungen mit der Evangelisch-lutherischen Kirche sind vorläufig abgeschlossen, mit der Katholischen Kirche sind sie noch nicht in Fluss gekommen.

Darüber hinaus hat die gegenwärtige bayerische Regierung Aufgaben in Angriff genommen, die für die Zukunft des Landes sehr bedeutungsvoll werden können.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war Bayern überwiegend ein Bauernland.

Infolge des Mangels an Steinkohle und Eisen konnte die Industrie nur langsam vordringen. Allein nach dem zweiten Weltkrieg nahm die Industrialisierung einen stürmischen Verlauf. Zwei Millionen Menschen kamen als Heimatvertriebene in das Land. Arbeitsplätze und Wohnungen mussten für sie geschaffen werden. Aus der Sowjetzone abgewanderte Betriebe erstanden in Bayern wieder und brachten neue Industriezweige ins Land. Die Folge ist eine Umwandlung der wirtschaftlichen Struktur, deren Auswirkungen heute noch nicht vollständig zu übersehen sind.

Mitte des Jahres 1936 waren in der bayerischen Industrie rund 500 000 Personen beschäftigt, Mitte 1950 waren es 660 000 und im September 1955 wurde bereits die Millionengrenze überschritten. Dabei ist besonders erfreulich, dass an der Industrialisierung auch das flache Land teil hat, wo sich ganz neue Industrieschwerpunkte bildeten. Allerdings sind diese Industrien, besonders die Flüchtlingsbetriebe, infolge ungenügender Ausstattung mit Eigenkapital noch nicht überall krisenfest.

In nicht allzu ferner Zeit wird auch der jährlich um 8 bis 10 Prozent steigende Energiebedarf nicht mehr durch Wasser- und Dampfkraftwerke gedeckt werden können. Aus diesem Grunde hat die bayerische Staatsregierung vorausschauend im letzten Jahr die Frage der friedlichen Nutzung der Atomenergie aufgegriffen. Auf meinen Vorschlag wurde bereits im Sommer letzten Jahres eine staatliche Atomkommission ins Leben gerufen, die sich besonders mit den Möglichkeiten der Ausbildung von Atomphysikern und Atomtechnikern an den bayerischen Hochschulen befasst. Erfolge hatten auch unsere Bemühungen, das Max-Planck-Institut für Kernphysik unter Leitung des Nobelpreisträgers Prof. Dr. Heisenberg nach München zu bringen. Der Ankauf eines Forschungsreaktors für die Technische Hochschule in München ist durch die Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika des mit allen Vollmachten ausgestatteten Professors Dr. Maier-Leibnitz gesichert.

Zur Lösung der Frage des technischen Wachstums sind von der Staatsregierung Verbindungen mit Wirtschaftlern und Wissenschaftlern aufgenommen worden. Die bayerische Staatsregierung sieht in dieser Sache eine entscheidende Lebensfrage für die gesamte Bundesrepublik. Sie wurde deshalb auch der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz in Bad Pyrmont unterbreitet.

Alle diese Aufgaben sind heute nur noch durch engste Zusammenarbeit von Politikern und Wissenschaftlern zu bewältigen. Die Forschungen und

P/XI/173

Erkenntnisse der Wissenschaft sind für die Staatsführung von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Kunst und Wissenschaft zu fördern, entspricht guter bayerischer Überlieferung. Wenn der Staat auch künftig nicht ausschliesslich von Professoren geleitet wird, wie es einstens Platon vorschwebte, so werden doch Wissenschaftler im kommenden Zeitalter die wichtigsten Berater der Politiker sein. Voraussetzung ist allerdings, dass der Wissenschaftler in voller Freiheit, unabhängig vom Staat und von Interessengruppen forschen und lehren kann. Die gegenwärtige bayerische Regierung bemüht sich, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Wir Sozialdemokraten wollen dabei der treibende Keil, nicht nur eine Partei der Gegenwart, sondern auch eine Partei der Zukunft sein. Unser Lösungswort darf nicht mehr nur heissen: "Erkennen, was ist", sondern auch "erkennen, was kommt". Wenn nicht alle Anzeichen trügen, stehen wir am Beginn grosser wirtschaftlicher Umwälzungen, ähnlich jenen, die den Beginn des Maschinenzeitalters einleiteten. Sie sollen die bayerische Staatsregierung nicht unvorbereitet finden.

(Aus "Aufgabe und Leistung der deutschen Sozialdemokratie in Ländern und Gemeinden", einer dieser Tage im "arani-Verlag" erschienenen Publikation.)

* * *

Familienplanung in Indien

Die Verfasserin dieses Artikels weilte längere Zeit in Indien

J.D. Indien hat im Rahmen seines zweiten Fünfjahresplanes ein Programm zur Familienplanung aufgestellt, das den jährlichen Bevölkerungszuwachs von fünf Millionen Einwohnern gebieten soll. Bis 1961 sollen unter Bereitstellung von 40 Millionen DM 2000 ländliche und 300 städtische Kliniken erstellt und weite medizinische Kreise über Massnahmen zur Geburtenverhütung unterrichtet werden.

Die Idee der Familienplanung ist in Indien keineswegs neu. Es bestanden schon vorher, wenn auch im kleinen Umfang, Kliniken, die Aufklärung dieser Art erteilten. Doch wagte es die Regierung bisher nicht, den Besuch dieser Kliniken zu ermutigen. Denn die Annahme lag nahe, dass die gläubigen Hindus, zu denen der überwiegende Teil der indischen Bevölkerung gehört, wie auch die Katholiken, die zwar nur 2,3% der Gesamtbevölkerung ausmachen, jedoch im Süden des Landes stark massiert sind, gegen derartige Massnahmen aufs Energischste protestieren. Es ist ferner die Ansicht verbreitet, dass der Vater nach seinem Tod nur Erlösung er-

P/XI/173

warten kann, wenn eine genügende Zahl Söhne zur Begräbniszeremonie vorhanden ist. Der Hang nach vielen Kindern ist daher verständlich. Frühhehen, die trotz des Verbots, Mädchen unter 16 Jahren zu verheiraten, noch immer von Priestern vollzogen werden, beschleunigen diesen Bevölkerungszuwachs, der, wenn er im gegenwärtigen Tempo fortschreitet, im Jahr 1981 die indische Bevölkerungszahl auf 520 Millionen bringen würde.

Tatsächlich leben schon heute doppelt so viel Menschen in Indien wie in den USA, auf einer Fläche, die halb so gross wie die der USA ist. Aber es ist nicht nur die Flächenbegrenzung, die Nehru zu dieser neuen Massnahme veranlasst hat, es sind schon die wirtschaftlichen Verhältnisse im Ganzen gesehen. Indiens erster Fünfjahresplan, der 1956 zu Ende ging, hat das Nationaleinkommen um 11% erhöht. Er brachte nur eine kaum fühlbare Besserung des Lebensstandards (das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung beträgt 250 DM pro Jahr), denn in der gleichen Zeitspanne vermehrte sich die Bevölkerung um 7%. Der zweite Fünfjahresplan enthält die Forderung nach der Schaffung von 10 Millionen neuen Arbeitsplätzen. Die arbeitsfähige Bevölkerung vermehrt sich nach den bisherigen Erwartungen um 8 - 9 Millionen, so dass der schon bestehenden Arbeitslosigkeit kaum gesteuert werden könnte. Hinzukommt, dass infolge der niedrigen Lebenserwartung in Indien der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung 40% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Jede Hebung des Lebensstandards und verbesserte hygienische Verhältnisse lassen die Zahl der Geburten noch weiter ansteigen.

Kraftprobe zwischen Regierung und Hindus ?

Wie diese Massnahmen zur Familienplanung von der Bevölkerung aufgenommen werden, ist sehr fraglich. Die gläubigen Hindus, die auch in einer politischen Partei zusammengezogen sind (Jan Sangh), werden die Regierungsmassnahme unter allen Umständen zu bekämpfen suchen. Sie sehen ohnehin in allen sozialen Reformen eine Gefahr für die Einrichtungen des Hinduismus. Noch ist ihr Einfluss auf die ungebildete Bevölkerung, die zu über 70% nicht lesen und schreiben kann, sehr stark. Es könnte hierbei zu einer Kraftprobe zwischen Regierung und Hindus kommen. Hierbei sei jedoch bemerkt, dass die intelligente Jugend, die im freien, nach Anschluss an die moderne Welt strebenden Indien aufgewachsen ist, überholte, den Fortschritt hemmende Traditionen, zu bekämpfen bereit ist.

Ohne Zweifel hat Nehru lange gezögert, bevor er die Familienplanung

F/XI/173

propagiert, denn er hat es bisher immer vermieden, mit den Hindus in Konflikt zu geraten. Schliesslich blieb ihm aber keine andere Wahl. Alle seine Bemühungen, der Not im Lande Herr zu werden, würden ohne eine derartige Familienplanung fruchtlos bleiben. Im benachbarten China vollzieht sich durch Anwendung diktatorischer Mittel ein ungeheurer Wandel auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Das Beispiel Chinas bleibt auch in Indien nicht unbeachtet. Indien will sich um keinen Preis diese diktatorischen Massnahmen zu eigen machen. Wenn aber demokratische Mittel, wie sie Indien zur Erlangung einer Umwandlung seiner Ordnung anwendet, im Wettlauf mit China siegen sollen, dann musste für eine Begrenzung der Bevölkerungszahlen gesorgt werden. Nehru hat es gewagt, alle, alles beherrschende Traditionen anzugreifen. Er tat dies gewiss nur mit dem Mut der Verzweiflung.

* * *

Ein spätes Reuebekenntnis

sp. Mit einem Schuld- und Reuebekenntnis ist der Führer der westdeutschen KP, um den es in der letzten Zeit recht still geworden war, wieder hervorgetreten. Der in Ostberlin lebende Max Reimann tut sich keinen Zwang an, die Liste seiner Verfehlungen ist recht umfangreich, sie reicht von dem Einbekenntnis, den "Personenkult mitgemacht und dadurch seine schädlichen Folgen mitverschuldet zu haben" bis zu einer Kampfansage gegen den Dogmatismus innerhalb seiner Partei. Es sei falsch gewesen, mit der Überbetonung der Rolle Stalins "unser Vertrauen in die Führung der KPdSU, unsere Treue zur Sowjetunion, unser Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus auszudrücken". Der KP-Führer mit schwindendem Anhang gelobt feierliche Besserung, für die Zukunft werde die Aufklärungsarbeit reibungsloser funktionieren.

Die Erklärung Reimanns weicht nicht im geringsten von den nach den Chruschtschow-Enthüllungen üblichen Schuldbekennnissen der KP-Führer in den Satellitenstaaten ab. Sie wird nicht um ein Jota die Position der deutschen KP verbessern. Zu stark haben sich die deutschen Kommunisten in der Vergangenheit als getreue Nachkläffer des Kreml erwiesen, um für die Zukunft glaubhaft zu wirken - auch dann, wenn sie sich in betont nationalen Gewande zeigen. Die deutschen Kommunisten sind und bleiben ein Fremdkörper in der deutschen Politik, fremden Willen und fremden Zielen untergeordnet. Ihre nachstalinistische Selbstkritik vermag diese ihre Funktion, die sie zu einer sowjetrussischen Staatspartei auf deutschem Boden werden liess, nicht einmal zu verschleiern.

* * *

Nicht Sport, sondern kommunistische Propaganda

E.Z., Berlin

Wenn am 2. August in Leipzig das für vier Tage angesetzte "Deutsche Turn- und Sportfest" beginnt, wird in der Zone zum ersten Male ein "Sportfest neuen Typus" präsentiert werden. Zu den Attributen, die dieser Veranstaltung beigegeben wurden, gehört auch der Begriff "gesamtdeutsch", selbstverständlich in jenem Sinne und mit jener Zwecksetzung, wie sie schon hinlänglich aus den "gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen und gesamtdeutschen Schriftstellertagungen" usw. bekannt sind.

Es geht bei dieser "Sportveranstaltung" nicht in erster Linie und am wenigsten um den sportlichen Wettkampf, sondern um die Förderung der politischen Ziele Pankows. Der Vorsitzende des sowjetzonalen Sportausschusses kennzeichnete die politische Aufgabe der Leipziger Veranstaltung, allerdings noch etwas diplomatisch ausgedrückt, wenn er erklärte, man wolle "durch eine Demonstration der Einheit im deutschen Sport einen Beitrag im Kampf des deutschen Volkes für Frieden und Einheit" leisten. Schon deutlicher war ein Beschluss der Leipziger Stadtverordneten, in dem es hiess "Das Sportfest beweist: Die DDR ist das Vaterland der ganzen deutschen Jugend". Das Zentralorgan der SED ging noch weiter: "Die Leipziger Festtage sollten ein Bild von dem sorgenlosen und glücklichen Leben der Kinder in unserem Arbeiter- und Bauernstaate vermitteln".

Was soll dieses Bild von "Glück des sowjetzonalen Lebens" vorgeführt werden? Selbstverständlich nicht den Bürgern dieser Zone, die besser als jeder andere die wirklichen Verhältnisse im Ulbricht-Staat kennen, sondern den Westdeutschen, die man mit allen Mitteln der Überredung und Verlockung zur Teilnahme am Leipziger Sportfest veranlassen konnte. Die verantwortlichen Sportorganisationen der Bundesrepublik haben, eben weil sie den kommunistischen Propagandacharakter der Sache sofort erkannten, eine Teilnahme abgelehnt. So war Pankow gezwungen, sich seine Westteilnehmer auf die übliche Art zusammenzuholen, d.h. auf dem Wege der üblichen Infiltration.

In Westberlin haben die Leipzig-Kerber bei dem Versuch, unter den Jugendorganisationen im Trüben zu fischen, so wenig Anklang gefunden, dass sie sich an Kreise von Jugendlichen heranmachten, deren politisches

Verantwortungsbewusstsein noch niemals allzu hoch im Kurs stand. Das auf dem Westberliner S-Bahnhof Zoo von der kommunistischen Reichsbahn aufgestellte Reklameschild, das allen Westberlinern für nur 3.-- DM eine Fahrt nach Leipzig und Teilnahme am Sportfest versprach, konnte sich offensichtlich keiner allzu grossen "Erbewirkung" erfreuen. Aber auch was die westdeutschen Teilnehmer betrifft, waren die Erwartungen Pankows doch wohl reichlich hochgeschraubt, sonst wäre nämlich der Versuch nicht notwendig gewesen, unserer Sportlern auch westdeutsche Schlachtenbummler zu ködern. Die Grossbetriebe im Raum Leipzig müssen nicht nur die Betreuung dieser Schlachtenbummler des "Sportfestes", sondern auch die Kosten dieser Besuche übernehmen.

Wie wenig die Bevölkerung der Zone mit dem Propagandarummel des Leipziger "gesamtdutschen Sportfestes" zu tun haben will, zeigt nicht nur die Empörung der Arbeiter über die ihnen erneut aufgelegten Opfer, sondern auch die Ablehnung der Leipziger Bevölkerung gegenüber diesem "Sportfest". Trotz guten Preisangebotes haben nur wenige Bewohner Leipziger Privatquartiere zur Verfügung gestellt, in denen die westdeutschen Teilnehmer untergebracht werden sollten. Nicht einmal 10 Prozent der Privatquartiere, die während der Leipziger Messe belegt werden können, stehen zur Verfügung. Daran konnte auch die Anweisung der SED nichts ändern, dass jeder Funktionär ein "Erbesoll" an Privatquartieren zu erfüllen und damit sein neues Staatsbewusstsein zu beweisen habe. Die Leipziger haben seit Monaten das "deutsche Turn- und Sportfest" als eine Last empfunden müssen, da sie trotz schwerster Arbeit in den Betrieben, von der SED im Rahmen des "Nationalen Aufbauprogramms" Woche für Woche zu "freiwilliger" unbezahlter Aufbauarbeit am Sportstadion angetrieben wurden. Die Tatsache, dass das Leipziger Stadtparlament die Umbenennung der Stalin-Allee in Friedrich Ludwig Jahn-Allee beschloss, konnte an der totalen Ablehnung des Sportfestrummels durch die Einwohner Leipzigs nichts ändern.

Es bedarf keines weiteren Beweises, dass das Leipziger "Turn- und Sportfest" lediglich den politischen Zielen Pankows dienen soll. Wie wenig das alles mit Sport zu tun hat, zeigt sich darin, dass die 12 Länderbüros, die für die Betreuung der westdeutschen Gäste eingerichtet wurden, nicht von Sportlern, sondern Polit-Funktionären dirigiert werden. Das ZK der SED hat sich vorbehalten, die Personalien aller in diesen Büros eingesetzten Personen genau zu überprüfen und in jedes Büro zwei eigene Instrukteure zu senden. Wer deshalb als Westdeutscher in der Zeit vom 2. bis 5. August als Teilnehmer oder Schlachtenbummler nach Leipzig geht, kann sich nicht mit der Behauptung entschuldigen, er habe nur als Sportler gehandelt oder die menschlichen Kontakte zur Zonenbevölkerung stärken wollen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau